

**Die republikanische Partei spaltet sich in Gegner und Befürworter Trumps,  
der Senat verweigert weiterhin die Anhörungen zur Neubesetzung des  
Supreme Courts und das Justizministerium schaltet sich in das  
Toilettengesetz in North Carolina ein**

*Zusammenfassung der U.S.-Berichterstattung vom 02. bis 06. Mai 2016*

(ag) In dieser Woche wurde die Berichterstattung in den U.S.-Medien von den politischen Geschehnissen rund um den Rückzug von Donald Trumps zuletzt verbliebenen Konkurrenten, Ted Cruz und John Kasich, bestimmt. Zudem versuchte das Weiße Haus weiterhin, eine Anhörung über den von Präsident Obama nominierten Kandidaten für den Obersten Gerichtshof durchzusetzen. Außerdem sorgten die neuen Gesetzesentwürfe zur Benutzung öffentlicher Toiletten in North Carolina für Unruhe.

Das plötzliche Kampagnenende von Trumps verbliebenen Konkurrenten sorgte diese Woche für Schlagzeilen. Somit ist der Milliardär, den anfangs alle noch belächelt hatten und nicht als ernst zu nehmenden Gegner im Rennen um das Weiße Haus ansahen, nun der wahrscheinliche Präsidentschaftskandidat der republikanischen Partei. Die Tatsache, dass ein Präsident Trump nun eine realistische Möglichkeit darstellt, spaltet die Partei in Gegner und Befürworter des Unternehmers. So genannte „NeverTrump“ Aktivisten versuchen, wie die *New York Times* berichtet, mit letzter Kraft die Präsidentschaft des New Yorkers zu verhindern. Partei-Austritte, öffentlich demonstrierte Missbilligung und sogar die Unterstützung der wahrscheinlichen demokratischen Kandidatin sind die Folge. Ranghohe Parteiinterne, wie der ehemalige Präsident George Bush, dessen Bruder Jeb Bush und der Sprecher des Weißen Hauses Paul Ryan verkündeten, sie wären nicht beziehungsweise noch nicht bereit, sich hinter Trump zu stellen. Zu viele rassistische, vulgäre und unqualifizierte Äußerungen seien gefallen. Dennoch gibt es viele Republikaner, die versuchen, das

Zerbrechen der Partei zu verhindern: Man müsse sich gesammelt hinter den vom Volk gewählten Kandidaten stellen, um Zusammengehörigkeit zu symbolisieren, so verkünden Trumps Unterstützer. Die *Washington Post* äußerte sich recht zynisch, die Unzufriedenheit und Spaltung der Partei über Trump sei seit seinen verblüffenden Erfolgen in den Vorwahlen vorauszusehen gewesen.

Auch die andauernde Verweigerung des republikanisch dominierten Senats, Richter Garland eine Anhörung zu gewährleisten, schwindet nicht aus den Schlagzeilen. Der neunte Richterposten am Obersten Gerichtshof des kürzlich verstorbenen Richters Scalia ist weiterhin unbesetzt. Führende Republikaner spekulieren darauf, dass einer aus ihrer Partei Präsident Obamas Amt übernimmt und damit einen Richter nach konservativen Vorstellungen nominieren kann. Es ist ein Spiel auf Zeit; die *New York Times* mahnte, dass die Anhörung des hochqualifizierten Garlands bereits überfällig ist und Präsident Obama immerhin noch mehrere Monate im Amt sein wird. Hinzu kommt aus republikanischer Sicht das Risiko, dass ein Demokrat die Wahl gewinnt und einen wesentlich progressiveren und jüngeren Richter nominieren könnte. Dieses würde die Urteile des Verfassungsgerichtes für Jahrzehnte prägen. *Politico* positioniert sich klar und betont wiederholt, dass der Senat dazu verpflichtet sei, dem vom Präsident nominierten Richter eine Anhörung zu gewährleisten. Das Verhalten führender republikanischer Politiker sei inakzeptabel. Die konservative Internetseite „redstate.com“ hingegen ruft dazu auf, Garland die Anhörung zu ermöglichen, mit der Einschätzung, dass es im Weißen Haus weitergehen wird wie die letzten acht Jahre – mit einem demokratischen Präsidenten an der Spitze. Obamas Wahl für den Supreme Court sei die bessere Option, verglichen mit einer bevorstehenden Nominierung der Feministin Clinton.

Die Debatte um das umstrittene Gesetz im U.S.-Bundesstaat North Carolina, das Transsexuellen vorschreibt, welche Toilette sie benutzen dürfen und welche nicht, verletzt nach Ansicht des Justizministeriums die Bürgerrechte. Das angestrebte Gesetz zwingt die Bürger des Bundesstaates, die Toilette aufzusuchen, die dem Geschlecht entsprechen, welches in ihrer Geburtsurkunde vermerkt ist. Nur wenige Monate, nachdem landesweit die gleichgeschlechtliche Ehe möglich gemacht wurde, ruft North Carolina das Gesetz zum angeblichen „Schutz der Privatsphäre“ ins Leben. Der republikanische Gouverneur McCrory hält an seiner Verordnung fest und will das Gesetz, trotz Einschätzungen des Justizministeriums, verabschieden. Die Regierung überschreite seine Kompetenzen, so McCrory gegenüber der *Washington Post*. Das Gesetz sorgte landesweit für Empörungen. Nicht nur Proteste, auch Konzertabsagen bekannter Künstler, sowie zögernde Investoren

zeigen deren Unbehagen mit dem konservativen Gesetzentwurf. Der wirtschaftliche Schaden für den Bundesstaat North Carolina gehe bereits in die Millionen, so die *Washington Post*.

Quellen:

[www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com)

[www.politico.com](http://www.politico.com)

[www.nytimes.com](http://www.nytimes.com)

[www.redstate.com](http://www.redstate.com)